

Hajo Diekmannshenke

Was nicht gesagt werden darf (und vielleicht doch gesagt wird): Briefgeheimnis und Zensur

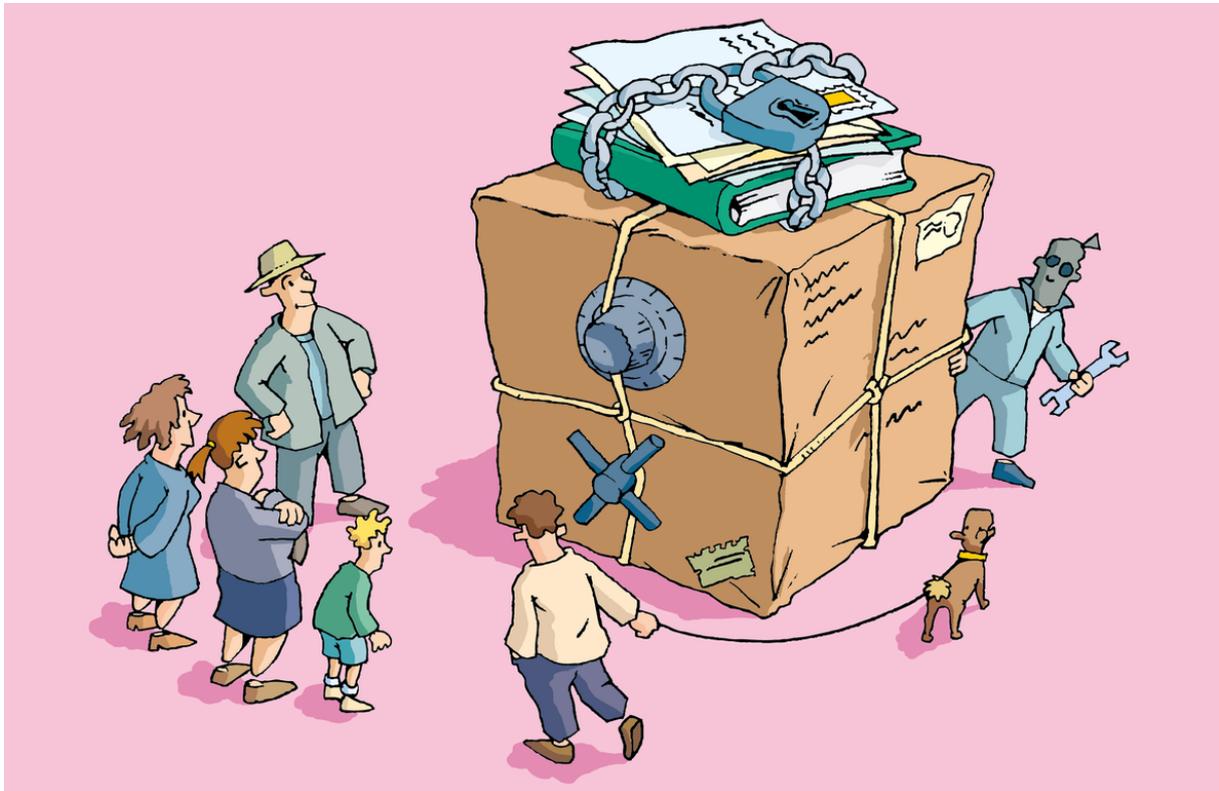


Abb. 1: © Stefan Eling

(<https://www.hanisauland.de/wissen/spezial/politik/grundrechte/grundrechte-kapitel-10.html>)

Einleitung: Das Briefgeheimnis

Der (Privat-) Brief stellt sicherlich diejenige schriftliche Kommunikationsform dar, die die größtmögliche schriftliche Nähekommunikation erlaubt, was ganz besonders für den Liebesbrief gilt, der allerdings an dieser Stelle nicht betrachtet werden soll. Blickt man in die Geschichte des Briefs zurück, wird man feststellen, dass dies keineswegs immer der Fall war. Zu Beginn seiner Geschichte ist der Brief eine Urkunde – wir kennen noch heute z.B. den Fahrzeugbrief oder den Meisterbrief, und sprachliche Wendungen wie „dies ist verbrieft“ oder „mit Brief und Siegel“ weisen darauf hin. Erst mit der Entstehung der persönlichen Schriftkorrespondenz und des Privatbriefs findet jener Wandel statt, der dazu geführt hat, den Brief als typischste Form schriftlicher Nähekommunikation zu verstehen. Nähekommunikation als Ausdruck von Privatheit, Vertrautheit und Intimität steht in bestimmten Bereichen unserer Gesellschaft unter einem besonderen und juristisch garantierten Schutz – man denke an das Arzt- oder Beichtgeheimnis. Einen ähnlichen Schutz genießt die Briefkommunikation, denn für sie gilt das Briefgeheimnis. Artikel 10 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland lautet: „(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.“ (https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_10.html). Allerdings kann und wird dieses Grundrecht eingeschränkt (werden):

„(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes

oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.“ (https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_10.html)

Das Briefgeheimnis, das allgemein als demokratisches Grundrecht und damit als Ausdruck von Rechtsstaatlichkeit angesehen werden kann, geht jedoch weit vor die Entstehung moderner demokratischer Staaten zurück. „In Deutschland wurde die Gewährleistung des Briefgeheimnisses zuerst in der Josephinischen Wahlkapitulation von 1690 angesprochen. Für seine Verletzung sollte ein Delinquent mit Staupenschlag und Landesverweisung bestraft werden. In der Allgemeinen preußischen Postordnung vom 10. August 1712 war jedem Postbeamten bei verbotener Brieföffnung die Dienstentlassung und die strafrechtliche Ahndung als Meineidiger angedroht, was in das Allgemeine Preußische Landrecht einfluss.“ (<https://de.wikipedia.org/wiki/Briefgeheimnis>) Im Vordergrund stehen also eher politische Interessen als individuelle Persönlichkeitsrechte, die den Schutz der brieflichen Kommunikation garantieren.

Die mit der Entstehung des neuzeitlichen Postwesens verbundene Praxis, Briefe nicht mehr mit einem Siegel zu versehen und teilweise damit zu verschließen (und zu „versiegeln“), sondern sie im verschlossenen Umschlag zu versenden, bedeutet auch, sichtbar werden zu lassen, dass der Inhalt des Briefes vor fremden Blicken geschützt werden soll.

Eine kurze Anmerkung an dieser Stelle: Auch die Postkarte, die üblicherweise nicht im verschlossenen Umschlag versendet wird und deren individuell verfasster Postkartentext damit diesen Blicken prinzipiell preisgegeben ist, unterliegt dem Briefgeheimnis: „Das **Briefgeheimnis** ist durch den Art. 10 GG in Deutschland geregelt. Als Brief wird **jede schriftliche Mitteilung** zwischen einem Absender und einem Empfänger angesehen. Dementsprechend fallen auch **Postkarten** unter das Briefgeheimnis.“ (<https://www.juraforum.de/lexikon/briefgeheimnis>; Hervorhebung im Original) Hervorzuheben ist, dass in der juristischen Interpretation des Artikels 10 des Grundgesetzes das Briefgeheimnis nicht nur die (materielle) Unversehrtheit des Briefes garantiert, also das Öffnen verbietet, sondern dass ebenso das Lesen des Briefes und letztlich auch des Postkartentextes verboten ist.¹

Alles kann gesagt (und geschrieben) werden

¹ Ob dieses Leseverbot z.B. auch auf der Bildseite aufgedruckte Grüße betrifft, vermag ich nicht zu beurteilen.

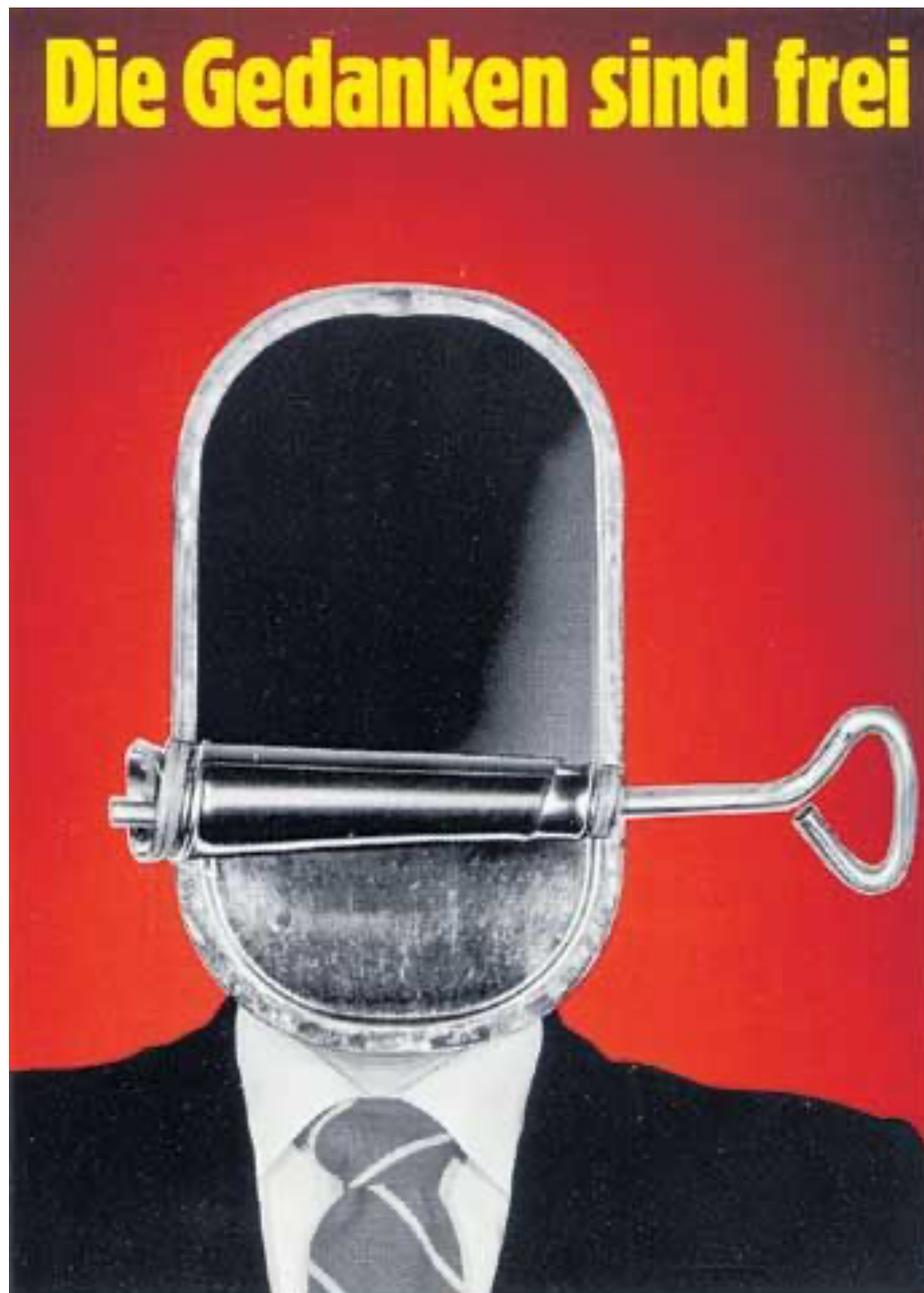


Abb. 2: Klaus Staeck (1979); Quelle: <https://www.edition-staeck.de/produkt/pk-die-gedanken-sind-frei/>

Vollziehen wir einen gedanklichen Sprung: In Ludwig Wittgensteins *Tractatus logico-philosophicus* findet sich unter Punkt 4: „Der Gedanke ist der sinnvolle Satz“. Und anschließend: „4.001 Die Gesamtheit der Sätze ist die Sprache.“ (Wittgenstein 1984: 25) Nimmt man nun noch Punkt 7: „Wovon man nicht sprechen kann, darüber muß man schweigen“ (Wittgenstein 1984: 85) hinzu, dann schimmert der Gedanke durch, dass (menschliche) Sprache dasjenige Kommunikationsmittel ist, mithilfe dessen alles gesagt werden kann, wessen der Mensch gedanklich fähig ist. In der sprachlichen Realität zeigt sich, dass dieses kommunikative Ideal keineswegs immer realisiert wird bzw. realisiert werden soll und kann. Mitunter kann ein Mensch, das, was er oder sie gerade denkt, doch nicht sprachlich adäquat ausdrücken – es fehlen die Worte. Andererseits verzichten Sprecher*innen auch regelmäßig darauf, das alles, was sie kommunizieren möchten, auch sprachlich auszudrücken. Präsuppositionen sind so ein Fall, ebenso jene Typen sprachlichen Handelns,

deretwegen Grice seine Theorie der sprachlichen Implikaturen entwickelt hat. Gemeinsam geteiltes Wissen, ein common ground, aber auch das Streben nach sprachlich-kommunikativer Ökonomie und Effizienz sind mögliche Gründe. Doch es gibt auch gesellschaftlich-politische und soziale Gründe, die verhindern oder zu verhindern suchen, dass eben alles gesagt wird. Auf eine spezifische Form des Sprech- bzw. Schreibverbots soll nachfolgend geschaut werden – und ebenso darauf, wie Sprecher*innen diese Schreibverbote zu unterlaufen und zu umgehen versuchen. Das stärkste Mittel sind institutionelle Schreibverbote, unter denen die Zensur das bekannteste ist. Anhand ausgewählter Feldpostbriefe soll betrachtet werden, welche Auswirkungen die Zensur auf das Briefeschreiben hat, und welche Versuche teilweise unternommen werden, dennoch das mitzuteilen, was mitgeteilt werden soll.

Zensur

Nach der Vernichtung von Geschriebenem stellen Schreibverbote den massivsten Eingriff in die Schreibfreiheit dar. Viele autoritäre Staaten kennen spezifische Veröffentlichungsverbote, z.B. wenn für eine Veröffentlichung vorgesehene Texte vorher begutachtet und zur Veröffentlichung freigegeben werden müssen.² Zielen solchen Praktiken eher auf ideologische Kontrolle und damit auf Verbote, sprechen wir von Zensur. Im Deutschen Wörterbuch finden wir unter dem Lemma „Zensur“ folgenden Eintrag:

„ZENSUR, f. 1) kirchliche aufsicht über leben und lehre: [...] 2) überwachung der erzeugnisse des buchdrucks und der presse; schon im 15. jahrh. bald nach erfindung der buchdruckerkunst von der kirche eingerichtet und seit 1524 vom reich und den staaten ausgebaut; erst 1848 der zensurzwang für die periodische presse aufgehoben“. (DWB Bd. 31, Sp. 634; <https://www.woerterbuchnetz.de/#3>)³

Der ideologische Charakter von Zensurmaßnahmen wird deutlich, wenngleich auch ein Schutzanspruch mit der Durchführung von Zensurmaßnahmen verbunden ist. Zwar beziehen sich Zensurmaßnahmen nicht allein auf Sprachliches, auch und besonders Visuelles (z.B. Zeichen verbotener Organisationen) kann unter die Zensur und ähnliche Verbote fallen, vor allem aber Sprachliches steht im Mittelpunkt zensierender Maßnahmen.

Feldpost

Feldpostbriefe stellen eine eigenständige Kommunikationsform dar, bei der es eine Vielzahl von Gemeinsamkeiten mit der „Normalpost“ gibt, wobei die Feldpost in einem eigenen postalischen System realisiert wird, verbunden mit eigenen Gesetzmäßigkeiten. Der Duden (1993) definiert Feldpost wie folgt:

„Feldpost, die; Postwesen in Kriegszeiten, durch das die Postverbindungen zwischen Truppe u. Heimat sowie innerhalb der Truppen (tariffrei) hergestellt werden“ (Duden 1993: 1060).

Eine ähnliche Bestimmung findet sich in der Feldpostvorschrift der Reichspost vom 22.7.1938:

² Ein Imprimatur existiert auch in demokratischen Staaten in verschiedenen Bereichen (so z.B. im akademischen) noch heute und kann auf keinen Fall als Zensur verstanden werden.

³ Überraschenderweise listet keines der einschlägigen Wörterbücher der Linguistik „Zensur“ als Eintrag auf. Dass das Grimmsche Wörterbuch als dritten Eintrag auch die Beurteilung von Schülerleistungen aufführt, soll nicht unterschlagen werden, ist aber für die hier formulierten Überlegungen nicht relevant.

„Das Feldpostwesen ist ein Versorgungsgebiet der Kriegswehrmacht und dient der Postversorgung der Kriegswehrmacht im Verkehr mit der Heimat und innerhalb der Kriegswehrmacht“. (Hinrichsen 1998: 7)

Bereits in der Antike finden sich Berichte über Postbeförderung in Kriegszeiten. Von ‚moderner‘ Feldpost kann man vermutlich aber erst seit dem Ende des 18. Jahrhunderts reden. „Zu Beginn des Bayerischen Erbfolgekrieges 1778 wurde eine umfassende Instruktion ausgearbeitet und während der Koalitionskriege befanden sich bei den Armeen ebenfalls Feldpostämter. 1813/14 hatte Preußen z. B. 3 Feldpostämter mit 27 Sekretären, 4 Briefträgern und 79 Postillonnen. Die Beförderung dauerte allerdings recht lange: zwischen Berlin und Paris brauchte ein Brief 12 Tage.“

(https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Feldpost_bis_191)

Insbesondere Entwicklungen auf den Gebieten des Transport- und des Kommunikationswesens, vor allem die Eisenbahn und der damit verbundene Auf- und Ausbau der Telegraphie (Schivelbusch 2000) befördern auch die Entwicklung der Feldpost zu einem komplexen Kommunikationssystem innerhalb des Militärapparats. Hier sei angemerkt, dass mit der Entwicklung des Postwesens am Ende des 19. Jahrhunderts die Postkarte als neue Kommunikationsform entsteht. 1869 in Österreich und 1870 im Norddeutschen Bund eingeführt, erfreut sie sich im Deutsch-Französischen Krieg 1870/81 als Feldpost-Correspondenzkarte großer Beliebtheit. Im Ersten Weltkrieg sind es dann vor allem Feldpostkarten, die in die Heimat geschickt werden (Diekmannshenke 2006).

Als Feldpostbriefe sind diejenigen Briefe aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs zu verstehen, die von der Einrichtung der „Deutschen Feldpost“ unter der Leitung des Heeresfeldpostmeisters Karl Ziegler zwischen Front und Heimat durch den besonderen Feldpostverkehr der deutschen Wehrmacht transportiert wurden, und die durch besondere Aufdrucke oder Aufschriften auf den Sendungen kenntlich gemacht wurden („Feldpost“ und Feldpostnummer) sowie teilweise spezielle Postwertzeichen verwendeten (wobei die normalen Feldpostsendungen gebührenfrei transportiert wurden). Der Feldpostverkehr wurde also durch eine Militärbehörde organisiert, durchgeführt und überwacht. Feldpostsendungen unterstanden dementsprechend der Militärzensur (Buchbender/Sterz 1982, Hinrichsen 1998). Diese Besonderheiten lassen es gerechtfertigt erscheinen, die Feldpost grundsätzlich als eigenes Kommunikationssystem und in unserem Fall den Feldpostbrief aufgrund dieser technisch-kommunikativen Bedingungen als eigene Kommunikationsform zu betrachten, die aber verständlicherweise eine große Nähe zur Kommunikationsform Brief aufweist. Bezeichnenderweise beschäftigt sich Ermert (1979) in seiner grundlegenden Untersuchung zu den *Briefsorten* nicht mit dem Feldpostbrief.

Zur Feldpost zählen private Briefe, Postkarten, Päckchen, Zeitungen und Geldsendungen sowie dienstliche Brief- und Paketsendungen. Von Interesse sind hier nur die privaten Feldpostbriefe von Soldaten an ihre Angehörigen, sowie Freunde und Bekannte in der Heimat, aber auch in andere Wehrmachtseinheiten sowie die Briefsendungen aus der Heimat an die Soldaten an der Front oder in der Etappe. Waren es im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 101 Millionen Feldpostsendungen, so stieg die Zahl im Ersten Weltkrieg auf 28,7 Milliarden und erreichte mit allein etwa 40 Milliarden Feldpostbriefen im Zweiten Weltkrieg ihren Höhepunkt (Buchbender/Sterz 1982: 13).⁴

Welche große Bedeutung der Feldpost seitens der Wehrmacht und damit auch seitens der politischen Führung des nationalsozialistischen Deutschlands beigemessen wurde, belegt die Zahl der

⁴ Die Bundeswehr hat im Jahr 1982 eine eigene Feldpost eingerichtet. Seitdem werden wieder Feldpostbriefe transportiert. Als im Jahr 2007 die Idee entsteht, Briefe deutscher Soldaten in Afghanistan zu veröffentlichen, stößt diese Projekt bei der Bundeswehr auf Ablehnung. Die Hintergründe hierzu und ausgewählte Briefe finden sich im Band von Baumann et al. (2011).

mit der Feldpost beschäftigten ca. 400 Feldpostämter mit 12.000 Mitarbeitern (Buchbender/Sterz 1982: 13, Humburg 1998: 15), wobei die Feldpost auch unter schwierigsten militärischen Bedingungen so lange wie möglich aufrechterhalten wurde. So wurden noch Mitte Januar 1943 mit der letzten Transportmaschine, die Stalingrad verlassen konnte, 11.237 Feldpostbriefe transportiert (Buchbender/Sterz 1982: 16). Ein weiteres deutliches Indiz ist die Tatsache, dass sich die „Mitteilungen an die Truppe“ in regelmäßigen Abständen dem Thema Feldpostbrief widmeten (Humburg 1998: 16). Dabei wurden vielfach auch praktische Ratschläge gegeben, wie ein idealer Feldpostbrief auszusehen habe:

„Für den Frontsoldaten ist die Post von zu Hause fast genau so wichtig wie Lebensmittel und Munition, und zwar besonders für die Soldaten, die sehr lange nicht auf Urlaub waren. Nun müsste man natürlich wünschen, dass die Angehörigen sich bei der Abfassung eines Briefs an die Front klarmachen, was der Empfänger von diesen Zeilen erwartet, in welcher seelischen Verfassung er den Brief erhält und wie wichtig es für ihn sein würde, einen tapferen Gruß von daheim zu erhalten. [...] Es ist für die Männer vorn eine schwere Belastung, wenn sie Klagebriefe lesen müssen, die Sorgen bringen, statt sie zu erleichtern.“ (Mitteilungen an die Truppe v. September 1942; zit. n. Humburg 1998: 16f.)

Propagandistisch wurde der Feldpostbrief als wichtiges Mittel zur Hebung der Moral betrachtet, und gerade die Frauen wurden aufgefordert, vor allem Positives zu berichten.

Was nicht gesagt werden darf – Briefzensur am Beispiel von Feldpostbriefen des Zweiten Weltkriegs



Abb. 3: Quelle: <http://www.feldpost-archiv.de/11-zensur.shtml>

Der wichtigste Unterschied zur „Normalpost“ besteht darin, dass Feldpostbriefe (wie auch alle übrigen Feldpostsendungen) grundsätzlich der militärischen Zensur unterliegen, das Briefgeheimnis also prinzipiell aufgehoben ist.

Bereits im Ersten Weltkrieg unterliegen Feldpostbriefe der Zensur. Allerdings beschränkt sich die Zensur auf militärisch relevante Aspekte und wird eher unsystematisch durchgeführt. Während des Zweiten Weltkriegs ändert sich dies. Es ist nun zu unterscheiden zwischen der militärischen und der im Nationalsozialismus mindestens ebenso bedeutsamen ideologischen Zensur, wobei nicht immer eine klare Grenze zwischen beiden gezogen werden kann. So ist es den Soldaten verboten, Angaben zum jeweiligen Standort, zur Truppenstärke, zur Ausrüstung oder zu geplanten militärischen Operationen zu machen. Die Kriterien für die ideologische Zensur sind weniger deutlich anzugeben. So können alle negativen Äußerungen über den NS-Staat und seine führende Personen sowie den möglicherweise negativen Verlauf des Krieges bereits den Straftatbestand der „Wehrkraftzersetzung“ erfüllen und mit Gefängnis, Zuchthaus oder sogar der Todesstrafe geahndet werden (Feldpost des Zweiten Weltkriegs; <https://jugend1918-1945.de/feldpost/Default.aspx?id=30495>). Zwar ist die Wahrscheinlichkeit, dass der eigene Brief kontrolliert werden wird angesichts der Menge der Feldpostbriefe vergleichsweise gering, dennoch

darf die Wirkung nicht unterschätzt werden. Deshalb spielt die „innere Zensur“ sicherlich eine wichtige Rolle beim Verfassen der Briefe gespielt haben.

Die Zensurmaßnahmen werden offen durchgeführt, beanstandete Stellen geschwärzt (Abb. 5) und die geprüften Briefe (und auch Feldpostkarten) erhalten einen besonderen Aufkleber (Abb. 4) und/oder einen Zensurstempel (Abb. 3). Das dabei erzielte Ergebnis spielt keine Rolle, d.h. auch Briefe, die ohne Beanstandung weitergeleitet werden, erhalten einen entsprechenden Zensurvermerk.



Abb. 4: Kenntlichmachung auf dem Umschlag (<http://www.feldpost-archiv.de/pix/07-11-zensur-b.JPG>)

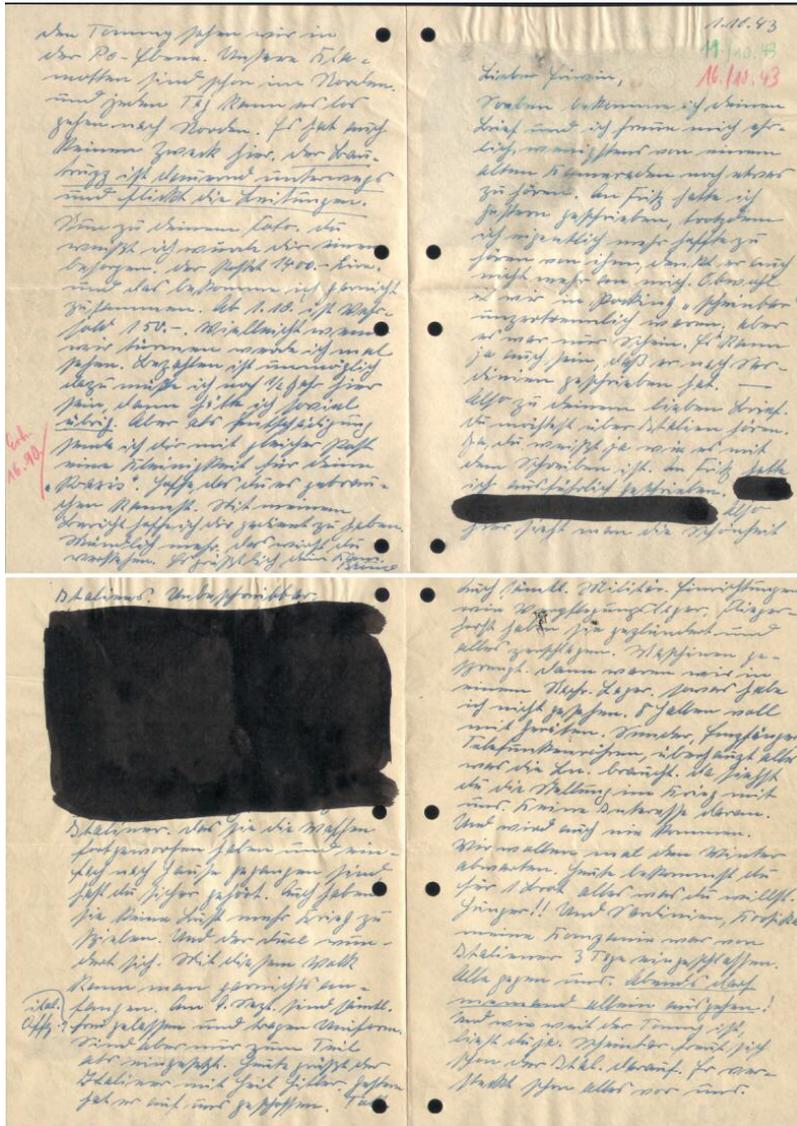


Abb. 5: Zensierte Stellen im Brief (<http://www.feldpost-archiv.de/07-11-zensur.shtml>)

Im Normalfall kann jedoch nicht rekonstruiert werden, was genau im jeweiligen Brief geschwärzt wurde und es ist in der Regel auch nicht bekannt, ob und welche Konsequenzen diese Zensurmaßnahmen haben, wenn es nicht zu einem Militärgerichtsverfahren kommt.

Nicht unterschätzt werden darf auch, dass die Kriegssituation und hier vor allem die Ereignisse an der Front eine zusätzliche Form nicht erzwungener Zensur nach sich ziehen, was besonders für bestimmte Themenbereiche wie Verletzung, Todesangst, Brutalität und weitere gilt. Die umfangreichen Untersuchungen von Humburg (1998) und Latzel (1999) belegen diese Annahme.

Für die Zensurbehörden stellen die Briefe ein wichtiges Material dar, um Informationen über die jeweilige Stimmungslage an der Front, in der Etappe oder in der Heimat zu bekommen. Aus diesem Grund wird seitens der Zensurbehörden versucht, konkrete Zensurmaßnahmen nicht zu drakonisch durchzuführen, um die Schreiber*innen nicht gänzlich zum Verstummen zu bringen.

Mancher Feldpostbrief thematisiert die Zensur, wie das folgende Beispiel zeigt:

„Liebe Eltern – Wolfgang – Jutta!

Ihr werdet mit Schmerzen auf Post von mir warten. Aber ich will es Euch nun schreiben, wie das alles zusammenhängt. Ob dieser Brief erst die Kontrolle passiert, weiß ich nicht. Wir bekommen es gesagt, was und wem wir schreiben können. [...]

Winfried Senkel, Brief v. 4.12.1942“

Ein in vielen Briefen und Briefwechseln zu beobachtendes Phänomen ist die Nummerierung der einzelnen Briefe. Einerseits dient dieses Verfahren dazu, eventuell durch die Kriegseinwirkungen verloren gegangene Briefe zu identifizieren, aber auch um mögliche Zensurmaßnahmen zu erkennen:

„Hoffentlich hast Du inzwischen Brief Nr. 123 bekommen. 122, 124 u. 125 hast Du schon bestätigt. Wenn nun ausgerechnet Nr. 123 kontrolliert wurde, würde ich mich direkt schämen.“ (Brief Nr. 134 von H. L. vom 29.4.1941; <https://ns-alltagsgeschichten.blogs.uni-hamburg.de/wp-content/uploads/themen/Briefe-als-Quelle/index.html?p=5>)

Dauert die Zustellung einzelner Briefe deutlich länger als üblich, so konnte auch auf eine Zensurmaßnahme geschlossen werden. Die Zensurmaßnahmen können bei Schreiber*innen Unsicherheit erzeugen, denn ob man „Verbotenes“ geschrieben hat, erfährt man erst hinterher.⁵

Ein weiteres Ergebnis dieser Maßnahmen stellt eine gewisse Vagheit in manchen Formulierungen dar:

„[...] Leider kann ich Euch von hier nichts Neues berichten, da es erstens nicht gestattet ist und es auch zweitens gar nichts nennenswertes gibt. [...]“ (Brief v. 29.7.1941; zit. n. Humburg 1998: 98)

Der Widerspruch in der zitierten Passage ist offensichtlich. So gibt es, wie der Schreiber zweimal betont, nichts zu berichten, er betont aber zugleich, dass es verboten ist. Da ein Verbot, über „nichts nennenswertes“ zu schreiben, unsinnig erscheinen muss, könnte diese ein Hinweis darauf sein, dass möglicherweise doch etwas Kommunizierenswertes gibt, das aber Verbotenes darstellt.

Doch auch der Kriegsalltag lässt viele Schreiber zwar nicht verstummen, denn sie schreiben weiterhin Briefe, führt aber dazu, dass nicht über das Erlebte berichtet werden kann. Worüber gar nicht berichtet wird, lässt sich aus den Briefen selbstverständlich nicht rekonstruieren, es können allenfalls Vermutungen aufgrund der Bedingungen, sofern sie bekannt sind, angestellt werden. Allerdings thematisieren viele Feldpostbriefe diese Unmöglichkeit, das Erlebte zu beschreiben:

„[...] Habe mir den Krieg nie so schrecklich vorgestellt. Wenn ich das Glück habe und komme mal nach Hause, dann werde ich Euch mal von Stalingrad erzählen. Was ich bis jetzt gesehen habe, kann man nicht beschreiben. Dann kann man mit dem Wetter noch zufrieden sein – es ist trocken kalt. [...]“ (Bertold Paulus, Brief v. 18.11.1942)

Die Schilderung des Erlebten, die Schrecken des Kriegsalltags, wird auf die Zukunft projiziert. Aber da die Unmöglichkeit der Schilderung bereits erwähnt wurde, muss der Schreiber damit rechnen, dass die jeweiligen Adressat*innen diesen Schrecken imaginieren werden. Der Hinweis auf das Wetter erfüllt vermutlich die Funktion, den Schrecken nun doch auf eine humorvolle Weise ein wenig zu mildern.

Auch das Vergessen und damit das Verdrängen des Erlebten, das in der Nachkriegszeit eine so große Rolle in vielen Erzählungen über die Zeit des Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg spielt, wird im folgenden Brief erwähnt:

⁵ Es soll aber auch nicht verschwiegen werden, dass die Zahl derjenigen Schreiber*innen, die keine Angst vor etwaigen Zensurmaßnahmen haben, vermutlich sehr groß ist, vor allem dann, wenn sie sich im ideologischen Einklang mit der nationalsozialistischen Politik fühlen.

„[...] Was ich in diesem ¼ Jahr in Rußland erlebt und durchlebt habe, kann ich in Worten garnicht alles wiedergeben. Ich wollte, ich könnte alles vergessen und durch nichts mehr daran erinnert werden. [...]“ (Alois Scheuer, Brief v. 28.9.1941)

Strategien, dennoch das zu schreiben, was man nicht schreiben darf

Es lassen sich aber auch viele Strategien beobachten, die Schreibverbote trotz drohender Zensur zu umgehen. Vieles von dem, das nicht geschrieben werden darf, wird vermutlich bei Heimaturlauben im Gespräch berichtet und entzieht sich damit der Zensur aber auch unserer Kenntnis.

Möglicherweise werden dabei auch Formen der Insider-Kommunikation vereinbart, die nur für die Schreibenden und Lesenden zu entschlüsseln sind. Da diese auch in manchen Briefen ausdrücklich thematisiert wird, kann man davon ausgehen, dass solche Praktiken durchaus üblich sind.

Das Unterstreichen einzelner Buchstaben und der Einsatz verschiedener Markierungen in Feldpostbriefen zeigen auch, dass es vielfache Versuche gibt, die Verbote zu umgehen:

„[...] Leider geht die Post wieder sehr langsam. Entweder liegt es an ihr, oder am schnellen Vormarsch. Mit einem baldigen Urlaub ist noch nicht zu rechnen. Bei uns ist alles in Ordnung. Es geht mir gut. Regen hatten wir genug diese Woche. Gegen Ende war es besser. Setz die Anfangsbuchstaben (7 Stück, oben rechts) zusammen und du weißt wo wir sind [...]“ (Brief v. 12.7.1941, zit. n. Humburg 1998: 99)

Eine andere Möglichkeit besteht darin, Briefe mit der weiterhin existierenden Reichspost zu versenden (was für Soldaten an der Front keine Option darstellt), oder Briefe Urlaubern mitzugeben, verbunden mit der Bitte, diese entweder persönlich zu übergeben oder in der Heimat mit der Reichspost zustellen zu lassen.

Stilmittel wie Ironie oder das Zitieren von Äußerungen können ebenfalls dazu dienen, das doch noch zu schreiben, was nicht geschrieben werden darf oder soll.

„Und dann schreit er das eine Mal: ‚Rußland ist ...‘ Nein, eigentlich mehr ...‘ Die Tatsache, daß ich nach Rußland gekommen bin, ist bemerkenswert, und über die Bevölkerung wäre noch viel mehr zu sagen ...‘ Dann verstehe ich natürlich da raus, daß er mir sagen sollte, die Russen sind nicht so, wie uns in Deutschland gezeigt werden, da steckt viel mehr dahinter. Und das beweist sich ja auch jetzt, daß die Russen ganz anders sind, als die Nazis sie uns jedenfalls dargeboten haben.“ (*Quelle FZH/WdE 128: Interview mit Elly Napp, S. 50f*; <https://ns-alltagsgeschichten.blogs.uni-hamburg.de/wp-content/uploads/themen/Briefe-als-Quelle/index.html?p=10>)

Ein kurzes Fazit

Man kann deshalb der Einschätzung von Humburg folgen, der die Zensurmaßnahmen als wesentlichen Faktor beim Verfassen von Feldpostbriefen und der kommunizierten „Kriegswirklichkeit“ betrachtet:

„So wird man auch bei der Beurteilung des Quellenwerts allgemein schließen können, dass der Feldpostbrief bei aller Unmittelbarkeit der Schilderungen aus dem Krieg immer auch eine Konstruktion von Wirklichkeit unter äußeren und inneren zensurierenden Bedingungen für jeweils eine Kommunikationspartnerschaft darstellt.“ (Humburg 1998: 117)

Schreiben unter der drohenden Zensur stellt für diejenigen Schreiber*innen, die der nationalsozialistischen Ideologie und der Kriegswirklichkeit kritisch oder ablehnend

gegenüberstehen, einen Drahtseilakt dar. Wollen sie in der Feldpost nicht gänzlich schweigen, müssen sie mehr oder weniger riskanten Strategien entwickeln, die sie selbst nicht in Gefahr bringen, zugleich aber das Verstehen des im Geschriebenen Verborgenen oder Angedeuteten auf der Gegenseite sicherstellen. Dies erschwert allerdings die Analyse und die Interpretation gerade solcher Feldpostbriefe, die einen Einblick in eine Form des Widersetzens gegen die Verhältnisse und Bedingungen erlauben.

Literatur

Baumann, Marc/Langeder, Martin/Much, Mauritius/Obermayer, Bastian/Storz, Franziska (Hg.) 2011: Feldpost. Briefe deutscher Soldaten aus Afghanistan, Bonn

Buchbender, Ortwin/Sterz, Reinhold (Hgg.) 1982: Das andere Gesicht des Krieges. Deutsche Feldpostbriefe 1939-1945, München

Diekmannshenke, Hajo 2006: Polit-Postkarten: Propaganda, Wahlwerbung, politische Kommunikation, in: Girnth, Heiko/Spieß, Constanze (Hgg.): Strategien politischer Kommunikation. Pragmatische Analysen, Berlin, 97-120

Diekmannshenke, Hajo 2011: Feldpostbriefe als linguistischer Forschungsgegenstand, in: Didczuneit, Veit/Ebert, Jens/Jander, Thomas (Hgg.): Schreiben im Krieg – Schreiben vom Krieg. Feldpost im Zeitalter der Weltkriege, Essen, 47-59

Duden 1993: Das große Wörterbuch der deutschen Sprache in 8 Bänden, 2. Aufl., Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich

Ermert, Karl 1979: Briefsorten. Untersuchungen zur Theorie und Empirie der Textklassifikation, Tübingen

Hinrichsen, Horst 1998: Die deutsche Feldpost. Organisation und Ausrüstung 1939-1945, Wölfersheim-Berstadt

Humburg, Martin 1998: Das Gesicht des Krieges. Feldpostbriefe von Wehrmachtssoldaten aus der Sowjetunion 1941-1944, Opladen, Wiesbaden

Kilian, Katrin/Schwender, Clemens (o.J.): Die Briefzensur 1939 bis 1945; <http://www.feldpost-archiv.de/11-zensur.shtml>

[Scheuer, Alois] o.J.: Briefe aus Russland. Feldpostbriefe des Gefreiten Alois Scheuer 1941-1942, St. Ingbert

Schivelbusch, Wolfgang 2000: Geschichte der Eisenbahnreise. Zur Industrialisierung von Raum und Zeit im 19. Jahrhundert, Frankfurt/Main [zuerst München 1997]

Wiesen, Wolfgang (Hg.) 1991: Es grüßt Euch alle, Bertold. Von Koblenz nach Stalingrad. Die Feldpostbriefe des Pioniers Bertold Paulus aus Kastel, Nonnweiler-Otzenhausen

Wittgenstein, Ludwig 1984: Tractatus logio-philosophicus. Tagebücher 1914-1916. Philosophische Untersuchungen (= Werkausgabe Bd. 1), Frankfurt/Main

Ziemann, Benjamin 1996: Feldpostbriefe und ihre Zensur in den zwei Weltkriegen, in: Beyrer, Klaus/Täubrich, Hans-Christian (Hg.): Der Brief. Eine Kulturgeschichte der schriftlichen Kommunikation, Heidelberg, 163-171